



GEMEINDEAMT PÖRTSCHACH AM WÖRTHER SEE

pol. Bezirk: Klagenfurt-Land

9210 Pörtschach am Wörther See, Hauptstraße 153

Tel.: 04272 / 2810; E-Mail: poertschach@ktn.gde.at

www.poertschach.gv.at

Zahl: GR/01/2023

Sachbearbeiter: Ing. Stefan Pinter

Pörtschach, am 28.01.2023

NIEDERSCHRIFT - öffentlicher Teil zur 14. Sitzung des Gemeinderates

am Mittwoch, den 18.01.2023
im Lesesaal im Gemeindeamt

Beginn: 18:00 Uhr

Anwesende Personen:

Bürgermeisterin:

LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz

Gemeinderatsmitglieder:

Birgit Alberer
Mag. Sebastian Dernoschnig
Oliver Faeser
Mario Gappnig
Erich Göbel
Martin Gressl
Gabriele Hadl
Renate Haider
Klaus Köfer
Mst. Christian Kolbitsch
Dieter Mikula
Christoph Neuscheller
Florian Pacher
Sabine Scholl

Ersatz-Gemeinderäte:

Mag. Franz Arnold Vertretung für Frau Dorothea Lang
Bernhard Lukasser Vertretung für Herrn Harald Pagitz
Raphael Mack Vertretung für Herrn Robert Schandl
Heidi Wieneroither Vertretung für Frau Ramona Diexer

Sonstige Anwesende:

Ing. Stefan Pinter BSc, MA – Amtsleitung
Melanie Wigoschnig BA, MSc – Amtsschrifführerin
DI Omansiek und Ing. Rauch – Auskunftspersonen zu TOP 3 und 4
Gerald Bettschar – Leiter Finanzverwaltung zu TOP 3, 4 und 5
Ing. Walter Huber – Bauamtsleiter zu TOP 4, 8 und 9

Abwesende Personen:

Gemeinderatsmitglieder:

Ramona Diexer
Dorothea Lang
Harald Pagitz, MSc
Robert Schandl

Vor Behandlung der Tagesordnung wird eine Fragestunde gem. §§ 46-49 K-AGO abgehalten

Am 11.01.2022 um 17.27 Uhr wurden von GR Hadl folgende Fragen eingebracht:

- Der Brahmswettbewerb ist ein Aushängeschild von internationaler Bedeutung für Pörschach. Mehrere hundert Teilnehmer:innen pilgern dafür aus aller Welt zu uns, die Medien berichten darüber, u.a. in Japan. Doch ohne eine ausreichende Förderung der Gemeinde wird heuer der Wettbewerb wie letztes Jahr abgesagt werden müssen. Warum wurde die rechtzeitig vom zuständigen Ausschuss beantragte Förderung nicht schon im Dezember vom Gemeindevorstand vorberaten und in der GR Sitzung zur Abstimmung gebracht und/oder ins Budget eingearbeitet?

Es wurde in der letzten Gemeinderatssitzung ein Budget von 10.000,- Euro für den Brahmsverein im Voranschlag beschlossen. Im letzten GV wurde der selbstständige SKS-Antrag auf Antrag von einem GV einstimmig abgesetzt, da man die Unterstützungszusage vom TVB abwarten wolle. Es ist angedacht, sobald diese Informationen im Amt aufliegen diesen Punkt gemeinsam mit dem Antrag der Grünen im darauffolgenden Gemeinderat zu behandeln. Es ist in der nächsten Woche ein gemeinsamer Termin mit dem TVB dazu geplant.

- Die Bürgermeisterin versicherte im Umwidmungsverfahren für das Wohnareal Seeuferstrasse dass alle durch die grossflächige Bodenversiegelung anfallende Oberflächenwässer gesammelt und vor Ort versickert würden.* Laut Auskunft BH Klagenfurt-Land läuft aber derzeit ein Verfahren (KL5-ALL-2181/2017), die "Gewässer einer Wohnanlage" ins Buberleemoos einzuleiten, offenbar von den Projektwerbern Seeuferstrasse eingereicht. Will die Gemeinde (als neue Besitzerin eines der Grundstücke und damit Rechtsnachfolgerin eines der Antragsteller) also die Oberflächenwässer des Wohnareals Seeuferstrasse ins Buberleemoos einleiten?

Wie man anhand der Aktenzahl erkennen kann - ist das Ansuchen aus dem Jahr 2017. Zu diesem Zeitpunkt war die Gemeinde kein Eigentümer und sie ist auch nicht Antragsstellerin. Auch die Vorbesitzer sind nicht Antragsteller.

Am 11.01.2022 um 22.42 Uhr wurden von GV Pacher folgende Fragen eingebracht:

- Im Sommer 2022 hatte Pörschach bereits rund 1.400 Nebenwohnsitzfälle (= ein Wohnsitz der nicht der Hauptwohnsitz ist) – die negativen Auswirkungen damit einhergehender kalter Betten und illegaler Zweitwohnsitze sind allseits bekannt. Welche Maßnahmen setzt die Gemeinde Pörschach, um die immer weiter steigende Anzahl an Nebenwohnsitzfällen (und damit potentiell illegaler Zweitwohnsitze) zu reduzieren?

In Pörschach sind mit Stichtag 1.1.2023 2947 Hauptwohnsitze und 1269 Nebenwohnsitze gemeldet.

In den Nebenwohnsitzen sind Saisonmitarbeiter der Betriebe inkludiert und Studenten bzw. Personen, die in ihrer Heimatgemeinde weiterhin den Nebenwohnsitz behalten möchten. Die gesetzliche Grundlage ist das Meldegesetz (Bundesgesetz). Ich habe schon die umliegenden Bürgermeister angefragt, ob Interesse bestehe, ein ZWS Gremium, wie von Herrn Dr. Flaschberger angeregt gemeinsam über die Gemeindegrenzen einzurichten.

- In einem Schreiben des Amtes der Kärntner Landesregierung vom August 2018 zum Thema Bestandslärmschutz im Zentralraum Kärnten findet sich folgender Satz: „In Pörschach wurden seitens des Landes, der ÖBB und der Gemeinde mögliche Maßnahmen besprochen, es wird jedoch seitens der Gemeinde kein Handlungsbedarf gesehen.“ Auf welcher Grundlage haben Sie der lärmgeplagten Pörschacher Bevölkerung mit dieser Feststellung (unter Ihrer Verantwortung als Bürgermeisterin) eine Verzögerung bei der Verbesserung der notwendigen Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bahnstrecke zugemutet?

Meinerseits kann man von keinen Verzögerungen bei der Verbesserung der notwendigen Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bahnstrecke sprechen. Es ist eine verkürzte Darstellung. Damals hätte die Gemeinde noch 25% der Kosten mittragen müssen. Damals war es die Endbesprechung über den Bau eines Lärmschutzmaßnahmenprojekts von insgesamt 3,6 Millionen. Gekostet hat es dann ca. 4 Millionen davon hat 1 Million Pörschach mitgezahlt. Ich bin sehr froh, dass Herr LR Schuschnig das Thema ernst genommen hat und mit dem Lärmschutzfond die Gemeinden sehr unterstützt. Wir waren einer der ersten Gemeinden, die sich beim Lärmschutzfond angemeldet haben und sind im ständigen Kontakt mit der Umsetzung der Verbesserungen entlang der Trasse mit Herrn Dr. Hadolt vom Land Kärnten. Erst kürzlich im Dezember wurde von ihm bestätigt, dass derzeit von der Gemeinde keine konkreten Schritte zu erledigen sind. Nach Rücksprache mit den ÖBB konnte er über folgenden Projektstand berichten: Der Entwurf für den Bauvertrag für die geplanten Lärmschutzmaßnahmen wurde erstellt und samt den erforderlichen Beilagen an die ÖBB nach Wien zur Prüfung übermittelt. Die im Vertragsentwurf enthaltene Kostenaufteilung berücksichtigt bereits die Förderung des Gemeindeanteiles durch den Kärntner Lärmschutzfonds. Der nächste Schritt danach ist, dass der Vertragsentwurf offiziell an die Gemeinde und das Land übermittelt wird. Seitens Gemeinde wird nach interner Prüfung ein Datum des Gemeinderatsbeschlusses bekanntzugeben sein. Danach kann der Unterschriftenlauf beginnen. Der unterschriebene Vertrag gilt dann auch als verbindliche Fördervereinbarung zwischen Gemeinde und Land Kärnten.

Am 11.01.2022 um 23.27 Uhr wurden von GR Göbel folgende Fragen eingebracht:

- Das Projekt am Areal der Werzers Tennisplätze ist seit vielen Jahren in Planung und ist offenbar schon weit gediehen. Unterstützer betonen seit Langem (u.a. in den Medien) wirtschaftliche Argumente. Welche unabhängige Beratung hat sich die Gemeinde zum Projekt Werzer-Lagune inkl. der großvolumigen Baukörper geholt? (Personen ohne Verbindung zu Projektwerbern mit Expertise in Sachen Wirtschaft, Tourismus, Umwelt- komplette Auflistung.)

Wie bei jeder Anregung betreffend einem TBP gab es eine Vorberatung im RBL Ausschuss. Anschließend wurde es zum Land Kärnten zur Vorprüfung geschickt. Dort befassen sich einzelne unabhängige Sachverständiger und Juristen mit ihrem Fachgebiet mit den Planunterlagen. Weiters wurde der Tourismusverband miteingebunden. Sobald die Vorprüfung abgeschlossen ist, ist geplant, dass die OPK ihre Stellungnahme zu diesem Projekt abgibt. Gerne können im RBL – Ausschuss Vorschläge unterbreitet werden oder Anträge dazu im GR eingebracht werden, welche Auskunftspersonen gewünscht werden, um auch hier noch eine breitere Meinung einfließen zu lassen.

- In der Bezirkszeitung erzählt die Bürgermeisterin von der Einführung einer Energiebuchhaltung. In Wirklichkeit – lt. Aussage der KEM-Managerin im FWU-Ausschuss - wird Pörschach bei Umsetzung von Maßnahmen unter den letzten der teilnehmenden Gemeinden der Klima-Energie-Modellregion Karolinger gereiht. Welche KEM Maßnahmen hat Pörschach umgesetzt im Vergleich zu den anderen Gemeinden?

Alle vier KEM-Gemeinden haben sich mit der Gründung der KEM und dem Umsetzungskonzept dazu bekannt, die darin gemeinsam erarbeiteten zehn Maßnahmen

umzusetzen. Als Teil einer Maßnahme soll die KEM die Einführung der Energiebuchhaltung in den Gemeinden anstoßen und initiieren. Aus dem Reigen der vier KEM-Gemeinden hat die Marktgemeinde Moosburg schon seit vielen Jahren aktiv eine Energiebuchhaltung betrieben. Grundsätzlich wird die Führung einer Energiebuchhaltung für KEM-Gemeinden seitens des Klima- und Energiefonds erwartet und hat Auswirkungen auf die Zusage bzw. Ablehnung bei der Weiterführung des Programms. Seit dem Vorjahr gibt es für Kärntner Gemeinden ein neu entwickeltes, professionelles digitales Tool (Kommunale Energiebuchhaltung – KEB) zur möglichst einfachen Erfassung der Energiedaten (Strom, Wärme). Bei Installation von digitalen Zählern, sogenannten Smart Meter, erfolgt die laufende Erfassung der Energieverbräuche sogar gänzlich automatisiert. Für KEM-Gemeinden ist die Nutzung des KEB kostenlos.

Tagesordnung

- 1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Bestellung von zwei Gemeinderatsmitgliedern zur Mitunterfertigung der Niederschrift gemäß § 45 Abs. 4 der K-AGO**
- 3. Antrag an den Gemeinderat - Finanzierungsplans Rutschenturm**
- 4. Antrag an den Gemeinderat - Auftragserteilung der Sanierung des Rutschturms im Promenadenbad**
- 5. Antrag an den Gemeinderat - Vergabe Kassenkredit**
- 6. Antrag an den Gemeinderat - Genehmigung Stellenplan 2023**
- 7. Antrag an den Gemeinderat - Übernahme einer Teilfläche in das öffentliche Gut zum Gemeindegebrauch Nr. 286/7, KG 72152**
- 8. Antrag an den Gemeinderat - Änderung des Flächenwidmungsplanes TaTE Privatstiftung Nr. 72/2 KG 72164 Sallach**
- 9. Antrag an den Gemeinderat - Änderung des Flächenwidmungsplanes Petutschnig Benjamin Nr. 247/8 KG 72164 Sallach**
- 10. Antrag an den Gemeinderat - Nachtrag Mietvertrag Blumenpromenade Mureny 2022/23**
- 11. Selbstständiger Antrag der FPÖ vom 14.12.2022 - Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderats**
- 12. Selbstständiger Antrag der Grünen vom 14.12.2022 - Das Gemeinde-Weihnachtessen spenden**
- 13. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Facility Management, Wirtschaft und Umwelt vom 21.09.2022 - Ankauf Auto Bauhof**
- 14. Antrag an den Gemeinderat - Leasingvertrag Auto Bauhof**
- 15. Richtigstellung der Niederschrift der 12. GR-Sitzung vom 09.11.2022**
Begehren vom Amt - Änderung der Anlagenreihenfolge
Begehren von GR Hadl - S. 8, TOP 8

Begehren von GV Pacher - S. 11, TOP 18

Begehren von GV Pacher - S. 30, TOP 20

16. **Richtigstellung der Niederschrift der 13. GR-Sitzung vom 14.12.2022**

Begehren von GV Pacher - S. 16, TOP 5

Begehren von GV Pacher - S. 17, TOP 6

Begehren von GV Pacher - S. 26, TOP 13

Begehren von GV Pacher - S. 32, TOP 26

17. **Allfälliges**

18. **Bericht Bürgermeisterin**

19. **Anfragen und Anträge**

Verlauf der Sitzung

I. Öffentlicher Teil der Sitzung

1. **Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die GemeinderätInnen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Weiters berichtet sie, dass die Einladung ordnungsgemäß nach den Bestimmungen der K-AGO kundgemacht wurde.

2. **Bestellung von zwei Gemeinderatsmitgliedern zur Mitunterfertigung der Niederschrift gemäß § 45 Abs. 4 der K-AGO**

Vizebürgermeister Köfer stellt den Antrag, die Mitglieder GR Mack und GR Arnold gemäß § 45 Abs. 4 K-AGO für die Unterfertigung zu bestellen.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (17)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Bernhard Lukasser, Heidi Wieneroither,

Enthaltung(en) (2)

Mag. Franz Arnold, Raphael Mack,

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung die Tagesordnungspunkte 3 und 4 bis zum Eintreffen der Auskunftsperson, Hrn. Omansiek, zurückzustellen.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Mag. Franz Arnold, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

3. Antrag an den Gemeinderat - Finanzierungsplans Rutschenturm

Sachverhalt:

In der 35. GV-Sitzung am 11.01.2023 wurden unterschiedlichste Varianten der Ausführungen des geplanten Rutschenturm durch den beauftragten Architekten vorgestellt (siehe BT/006/2022).

Nach einer positiven Beschlussfassung und der Festlegung einer Variante wurden die Kosten neu berechnet, ein Finanzierungsplan erstellt, ein entsprechender Genehmigungsantrag an die Landesregierung weitergeleitet und ein überarbeitetes Förderansuchen nachgereicht.

Eine entsprechende Vorberatung zu diesem TOP ist für den 18.01.2023 geplant.

Eine positive Rückmeldung der Abteilung 3 liegt bereits vor.

Die Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Auskunftspersonen DI Omansiek und Ing. Rauch.

GV Pacher stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung die Tagesordnungspunkt 3 und 4 gemeinsam zu behandeln.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis

Dafür-Stimmen (17)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Martin Gressl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Mag. Franz Arnold, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

Gegenstimme(n) (2)

Gabriele Hadl, Erich Göbel,

Daraufhin wird auch der Tagesordnungspunkt 4 von der Vorsitzende offiziell eröffnet woraufhin DI Omansiek beginnt die zukünftige Vorgehens- und Bauweise näher zu beschreiben.

GR Haider erkundigt sich nach der Tragfähigkeit, da, lt. DI Omansiek, der neue Überbau aus Stahl bestünde und sich dahingehend für sie die Frage aufwirft, ob der Unterbau aus Holz

dieses massive Gewicht auch länger als zehn Jahre tragen könne. DI Omansiek erklärt, dass dies vom Statiker Kalles berechnet wurde.

GR Göbel kritisiert, dass die bisherige Holzkonstruktion nicht beständig gewesen sei und erkundigt sich danach, welches Holz zukünftig verwendet werden soll. Daraufhin erklärt DI Omansiek, dass es geplant sei Lärchenholz zu verwenden.

GR Gappnig erbittet um Schätzung hinsichtlich der „Lebensdauer“ des neuen Turmes. DI Omansiek gibt hierbei keine genaue Schätzung ab, jedoch geht er davon aus, dass der Turm sehr langlebig sein würde.

GR Dernoschnig informiert sich hinsichtlich des Fertigstellungstermins. Gemäß den Planungen, erklärt DI Omansiek, müsste der Turm mit Ende Juni fertiggestellt werden können, jedoch ist zum aktuellen Zeitpunkt noch die Zustimmung des Gemeinderates ausständig.

GR Mikula bekundet zum einen seine Freude über den neuen Rutschenturm und kritisiert zum anderen, dass ein Sprungturm nur auf der unteren Ebene vorgesehen sei. Anschließend erklärt DI Omansiek diese Vorgehensweise entsprechend der geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen.

GR Hadl gibt an, dass auch sie sich über den neuen Rutschenturm freue und kommuniziert ihre Erleichterung dahingehen, dass die Form erhalten bleiben würde. Überdies erkundigt sich GR Hadl, wie die weitere Vorgehensweise und Schritte aussehen würden, ob noch eine wasserrechtliche Abklärung erforderlich sei und ob diesbezüglich Kontakt mit den Bundesforsten aufgenommen wurde. DI Omansiek erklärt, dass mit sämtlichen Behörden und Ansprechpartnern Kontakt aufgenommen wurde und alle Genehmigungen eingeholt bzw. in Aussicht gestellt seien.

GR Lukasser verlässt um 19.01 seinen Platz im Gemeinderat.

GV Pacher bedankt sich vorab bei DI Omansiek für seine Arbeit und seine Vorgehensweise, da Ausschreibungen, sofern dies notwendig gewesen sei, wiederholt wurden, ein voraussichtlicher Zeitplan vorhanden ist, Pönalzahlungen berücksichtigt wurden und die Auftragsvergabe noch stattfände und die Bestbieter zum aktuellen Zeitpunkt noch verfügbar seien. Anschließend äußert er seine Freude darüber, dass auch Sprungmöglichkeiten berücksichtigt wurden und informiert sich zugleich ab welcher Sprungturmhöhe Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen wären. DI Omansiek erläutert, dass die Bestbieter in den nächsten Tagen Informationen hinsichtlich der Auftragsvergabe benötigen würden. Zudem führt DI Omansiek aus, dass es entsprechend der ÖNORM vorgeschrieben sei, dass der Sprungbereich abgegrenzt werden müsste, und dieser Bereich wird mit zunehmender Sprunghöhe immer größer.

GR Lukasser nimmt um 19.06 seinen Platz im Gemeinderat wieder ein.

GR Mack erfragt, ob es bei der Befestigung der zur Absperrung des Sprungbereichs dienenden Bojenkette zu wasserschutz-rechtlichen Problemen und Verzögerungen hinsichtlich des geplanten Starts des Sprungbetriebs kommen kann. DI Omansiek versichert, dass es kein Problem darstellt und es dadurch zu keiner Verzögerung kommen wird.

GV Gressl verlässt um 19.08 seinen Platz im Gemeinderat.

GR Göbel bittet um Information, ob die rechtlich vorgeschriebenen Regelungen hinsichtlich der Höhe des Sprungturmes variieren. Daraufhin verließt DI Omansiek die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen.

GV Gressl nimmt um 19.10 seinen Platz im Gemeinderat wieder ein.

GV Pacher erkundigt sich nach der maximal möglichen Sprungturmhöhe unter Anbetracht der erforderlichen Wassertiefe und, dass hierfür kein zusätzliches Personal eingestellt werden müsste. Die Vorsitzende informiert, dass dieser Sprungturm mit einem Mehraufwand für den Bademeister verbunden sei.

GR Göbel informiert sich, ob eine nachträgliche Anbringung eines 3-Meter-Brettes möglich wäre. Dies bestätigt DI Omansiek, jedoch unter der Bedingung, dass bereits zum aktuellen Zeitpunkt Vorkehrungen in Form einer entsprechenden Unterkonstruktion hierfür getroffen werden würden, da diese zum aktuellen Zeitpunkt lediglich auf die Sprungturmhöhe von 1,70 m ausgerichtet sei. GR Göbel fragt nach den anfallenden Mehrkosten diesbezüglich. DI Omansiek erklärt, dass es sich hierbei um 5.000,-- bis 6.000,-- Euro Mehrkosten handeln würde.

Vzbgm Köfer betont, dass dies für ihn nicht relevant sei und für ihn mit jedem zusätzlichen Meter auch das Risiko nach oben steigen würde. Demnach stellt Vzbgm Köfer bei Erhöhung des Sprungturmes seine Ablehnung in Aussicht.

GV Pacher spricht sich für die Beauftragung des Turmes aus und stellt auch seine Zusage hierfür in Aussicht. Zugleich bittet er jedoch um Überprüfung der entsprechenden Möglichkeiten und Vorschriften betreffend des Sprungturmhöhe bis zur nächsten Sitzung. DI Omansiek erwidert, dass innerhalb des nächsten Monats die Aufträge erteilt werden würden und bis dahin noch eine dahingehende Überprüfung stattfinden könne.

Köfer stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung und bittet die gemeinsam behandelten Tagesordnungspunkte 3 und 4 abzustimmen. Darauffolgend bringt die Vorsitzende diesen Antrag zur Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis

Dafür-Stimmen (11)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Martin Gressl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Bernhard Lukasser, Heidi Wieneroither,

Gegenstimme(n) (8)

Mag. Franz Arnold, Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Raphael Mack, Dieter Mikula, Florian Pacher

Vor Einbringung des Antrages zur Geschäftsordnung betreffend der sofortigen Abstimmung der Tagesordnungspunkte 3 und 4 wurden durch die Vorsitzende noch GR Mikula, GR Faeser und GR Gappnig für einen Debattenbeitrag vermerkt, welchen sie nun der Reihe nach erbringen können.

GR Mikula beanstandet die Sitzungsführung, fordert, dass die entsprechenden Vorkehrungen für die erforderliche Unterkonstruktion in Höhe von etwa 5.000,-- bis 6.000,-- Euro getroffen werden sollen und erinnert zugleich an die Attraktivierung des Promenadenbades. Daraufhin schlägt die Vorsitzende vor, die restlichen Redner noch zu Wort kommen zu lassen und die Sitzung anschließend zu unterbrechen, um mit den entsprechenden Fraktionsführern einen eventuellen überfraktionellen Antrag zu formulieren.

GR Faeser äußert seine Sorge hinsichtlich einer erforderlichen Risikoevaluierung, die von der Gemeinde durchzuführen sei und sieht auch ein enormes Haftungsrisiko im Falle eines Unfalles.

GR Gappnig empfindet den Ansatz der FPÖ hinsichtlich der Errichtung eines 3-Meter-Brettes als positiv, da hierbei ein zusätzliches Angebot geschaffen werden kann. Wesentlich hebt er hervor, dass die Architektur des Turmes, welcher als Wahrzeichen gilt, nicht verändert wird.

Die Vorsitzende unterbricht sodann von 19.23 bis 19.38 die Sitzung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung und vor Abstimmung der Tagesordnungspunkte bedankt sich die Vorsitzende nochmals bei DI Omansiek und Ing. Rauch sowie bei Hrn. Bettschar und dem Obmann des TVB für die Unterstützung, da es sich bei dem Pörschacher Rutschenturm um ein wichtiges touristisches Projekt handle.

Anschließend bringt die Vorsitzende den vorliegenden Finanzierungsplan für den Rutschenturm zur Abstimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden Finanzierungsplan zu.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Mag. Franz Arnold, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

GR Hadl gibt anschließend ihr Abstimmungsverhalten wie folgt zu Protokoll: „Ich war gegen die Zusammenlegung der Tagesordnungspunkt 3 und 4, weil die Finanzierung ein eigenes Problem ist, das jetzt nicht besprochen wurde. Die Fragen beziehungsweise Problembereiche sind – 1. die Unterlagen kamen erst auf meine Urgenz zwei Tage vorher und der entsprechende Gemeindevorstandsbeschluss erst 30 Minuten vor der Sitzung. Das Problem ist seit Jahren bekannt – ich sehe den Grund für diese Vorgehensweise nicht. Punkt 2 – es gibt offene Fragen bei der Finanzierung zum Beispiel ist da eine Diskrepanz von 40.000, -- Euro, im Antrag an Land ist 500.000, -- Euro, im Kostenvoranschlag vom Architekten ohne Honorare Architekten. Ich habe dafür gestimmt aber diese Bedenken von mir bleiben aufrecht.“

Auch GV Gressl gibt sein Abstimmungsverhalten zu Protokoll und erklärt folgendes: „Ich habe dem zugestimmt, weil es einfach wichtig ist, dass wir das machen. Ich habe wirklich ein Problem mit diesem Sprungturm, weil ich gebe nochmal zu bedenken – ich weiß schon, dass es notwendig ist aber in dieser Form, wie er jetzt beschlossen wurde, brauchen wir eine Aufsichtsperson. D. h. er ist nicht ständig offen und jetzt gebe ich nochmals zu bedenken – mir wäre am liebsten gewesen, wir bleiben unten am Boden mit dem Brett, weil die Zielgruppe – man muss ehrlich sein, was die Zielgruppe ist – wir reden da von den Seekids, die die meisten Kinder sind und die springen dort ohne Badewart dann hinein, wenn es unten geblieben wäre. Ich stimme dem schon zu, denn es ist einfach notwendig, dass wir ein Brett haben aber mir wäre am liebsten, wir würden das unten lassen aber ich bin natürlich dafür, dass wir eine Attraktion schaffen [...] – das darf man nicht vergessen.“

4. Antrag an den Gemeinderat - Auftragserteilung der Sanierung des Rutschturms im Promenadenbad

Sachverhalt:

Ausschreibung:

Architekt Omansiek wurde mit der Durchführung der Ausschreibung beauftragt.

Es wurde eine Ausschreibung mit folgenden beteiligten ausführenden Hauptgewerken durchgeführt:

- Abbruch
- Schlosser
- Zimmermann (Holzbaumeister)
- Dachdecker

Für alle weiteren beteiligten Ausführungen wurden freie Angebote eingeholt, bzw. wurden Kosten mit einer Grobkostenschätzung ermittelt, dies waren:

- Rutsche
- Sprunganlage
- Einstiegsleiter
- Lichtkonzept
- Elektrik, Blitzschutz
- Maler
- HKLS (Installateur)

Erste Ausschreibungsrunde erfolgte mit Abgabetermin 02.11.22, insgesamt wurden 6-10 Stk. Fachfirmen zur Angebotsabgabe eingeladen. Pro Hauptgewerk gaben aber nur 1-3 Stk. Fachfirmen ihr Angebot ab. Die Protokolle zur Angebotsöffnung wurden als Beilage angefügt.

Aufgrund der geringen Firmenbeteiligung an der ersten Ausschreibungsrunde wurde nach Beratung mit dem Architekten eine zweite Ausschreibungsrunde mit Abgabetermin 05.12.22 gestartet. Bei dieser Ausschreibungsrunde wurde der Bieterkreis nochmals erweitert, und es gaben auch eine größere Anzahl an Fachfirmen ein Angebot ab. Die Protokolle zur zweiten Angebotsöffnung wurden als Beilage angefügt. In Summe ergaben sich durch die Erweiterung des Bieterkreises und die hartnäckige Nachforderung zur Angebotslegung an die Bieterfirmen ein geringerer angebotener Gesamtpreis.

Die Kostenzusammenstellungen aus den beiden Ausschreibungsrunden inkl. aller beteiligter Zusatzleistungen wurden als Beilage angefügt. Der beauftragte Architekt Omansiek wird bei der Sitzung als Auskunftsperson anwesend sein, und die angefügten Tabellen im Detail erörtern. Die abgegebenen Ausschreibungsunterlagen werden bei der Sitzung in Papierform vorliegen.

Zusatzinfo:

- In Modul 3 ist das Sprungbrett und ein Beleuchtungskonzept enthalten.

Bauverfahren:

Da beim Rutschenturm auch eine gewerberechtliche Genehmigung erforderlich ist wurde das Bauverfahren aufgrund der Bauübertragungsverordnung an die BH-Klagenfurt-Land übertragen.

Architekt Omansiek hat die Unterlagen in der KW 52/2022 bei Fr. Mag. Buchwald (Gewerberecht) und Fr. Mag. Motschiunig (Baurecht) eingereicht. Eine neuerliche wasserrechtliche Bewilligung ist laut Dr. Bidovec (BH-Wasserrecht) nicht notwendig, da alle Arbeiten über der Wasserlinie erfolgen.

Von Seitens der Gemeinde wird bei der BH urgirt, damit die Verhandlung zeitnah erfolgt.

Der Bauamtsleiter wird als Auskunftsperson zur Verfügung stehen.

Finanzierung und Förderung:

Am 20.09.2022 erfolgte die Vorstellung des Projektes Rutschenturm vom Promenadenbad Pörschach. Frau Beclin gab eine positive mündliche Zusage gegenüber dem geplanten Projekt ab. Folgende Unterlagen sollten noch übermittelt werden: genaue Kostenvoranschläge, Bestätigung Zuschuss Tourismusverband, Abschichtungsvereinbarung Verkauf Tennishalle, Gemeinderatsbeschluss).

Anwesend waren Nicole Beclin B.A. M.A., Bgm. Mag. Silvia Häusl-Benz, AL Ing Stefan. Pinter BSc MA, TVB Christoph Neuscheller und Finanzverwalter Gerald Bettschar.

Um in Evidenz zu bleiben, wurde am 23.09.22 ein Erstantrag (Beilage Dok.) an die Abt. 7 übermittelt.

Am 13.12.22 erfolgte die Übermittlung der letzten Kostenvoranschläge sowie der bereits bezahlten Abschichtungsvereinbarung.

Am 03.01.2023 erfolgte ein Telefongespräch mit Frau Beclin, AL Pinter und dem Finanzverwalter Herrn Bettschar. Frau Beclin teilt mit, dass es bereits ein Tel. Gespräch mit Herrn Loibnegger (GV TVB) gegeben hat und die schriftliche Zusage gezeichnet von Herrn Mag. Grossmann (Obmann TVB) fehlt. Diese werde in den nächsten Tagen Frau Beclin übermittelt.

Weitere Schritte:

Nach der Begutachtung seitens der Abt. 7 erfolgt die Vorlage beim Landesrat und wird danach an die Abt. 3 weitergeleitet.

Bei der Kostenzusammenstellung wäre zu beachten, dass wahrscheinlich die Kosten der Sanierung des Steges (Modul 4) nicht förderungswürdig sind.

Nach der Entscheidung im GR welche Form der Angebotslegung gewählt wird, kann ein entsprechender Finanzierungsplan an die Abt. 3 weitergeleitet werden.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der GV-Sitzung am 11.01.2023 **einstimmig positiv vorberaten**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 3 besprochen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt der Beauftragung der Herstellungskosten des Rutschenturms und Zusatzkosten ohne Lichtkonzept (Module 2 und 3 der beiliegenden Kostenaufstellung) in Höhe von € 411.09,36 netto, sowie dem Modul 4 in Höhe von € 30.271,50 netto zuzüglich der Honorarnoten für Statiker, Elektroplaner, Baustellenkoordinator und Architekt zu.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (17)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Martin Gressl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Mag. Franz Arnold, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

Enthaltung(en) (2)

Erich Göbel, Gabriele Hadl,

Nach Abstimmung des Tagesordnungspunktes gibt GR Göbel sein Abstimmungsverhalten zu Protokoll: „Ich sehe noch die Kosten deutlich höher als die jetzt im Finanzierungsplan sind. Ansonsten bin ich grundsätzlich dafür den Turm so zu machen, wie er geplant ist. Eventuell sogar das Brett ein bisschen niedriger zu machen.“

Anschließend gibt auch GV Pacher sein Abstimmungsverhalten wie folgt zu Protokoll: „Ich freue mich, dass der Rutschenturm in seinem bekannten Erscheinungsbild wiederhergestellt wird auch, wenn es schade ist, dass es so weit gekommen ist, dass er gänzlich abgerissen werden muss. Und obwohl die ÖVP den FPÖ-Antrag vom April 2022 abgelehnt hat, freut es mich trotzdem, dass die Angelegenheit inhaltlich nun dennoch umgesetzt wird und wenn wir in der kommenden Saison wieder einen Sprung- und Rutschenturm haben über den wir uns alle freuen können.“

Auch GR Hadl gibt nachfolgend ihr Abstimmungsverhalten zu Protokoll: „Ich schliesse mich Hrn. Göbel an.“

5. Antrag an den Gemeinderat - Vergabe Kassenkredit

Sachverhalt:

Gemäß §37 Abs 2 K-GHG darf der Kontokorrentrahmen mit 33 Prozent der Summe des Abschnittes 92 „Öffentliche Abgaben“ sowie der Summe der Ertragsanteile ohne Spielbankabgabe der Finanzierungsrechnung gemäß Anlage 2 der VRV 2015 des zweitvorangegangenen Finanzjahres nicht übersteigen und wird mit € 1.000.000, -- festgelegt. Der bestehende Kontokorrentrahmen in Höhe von € 500.000, -- für das Promenadenbad wird nach der Implementierung des Promenadenbades gemeinsam mit dem Konto gelöscht.

Es wurden zwei Angebote eingeholt – BKS und Raiffeisen. Aufgrund der Konditionen wird das Angebot der Raiffeisen bevorzugt.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der GV-Sitzung am 11.01.2023 **einstimmig positiv vorberaten**.

Die Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Finanzverwalter, Hrn. Bettschar, der hierbei als Auskunftsperson fungieren sollte.

GR Göbel bittet um Auskunft darüber seit wann die Gemeinde bei dem Kontokorrentkredit über einen Rahmen in der Höhe von € 500.000, -- verfügt. Hr. Bettschar gibt an, dass dies, seinen Schätzungen nach bereits seit 4-5 Jahren bestehen würde.

GR Mack erkundigt sich danach, ob von den beiden Angeboten aus dem Dezember 2022 zum aktuellen Zeitpunkt das Angebot der Raiffeisenbank nach wie vor, das bessere sei. Hr. Bettschar erklärt, dass die Angebote gebunden sind an einen Index. Der wesentliche Unterschied der beiden Angebote liegt darin, dass die BKS eine große Bereitstellungsgebühr in der Höhe von € 1.000,-- verrechnet entgegen den Bereitstellungsgebühren der Raiffeisenbank in Höhe von € 150,--. Dieses Jahr und auch zuvor wurde der Rahmen nicht benötigt. Hr. Bettschar stellt in Aussicht, dass der Rahmen von seiner Seite für die Gemeinde erst bei bestehendem Bedarf in Anspruch genommen wird und so kann die Gebühr eingespart werden.

GR Göbel erkundigt sich danach wozu die Rahmenvergrößerung benötigt werden würde. Hr. Bettschar beschreibt sodann, dass es sich hierbei im Grunde um eine Rahmenverkleinerung handle, da bislang ein Rahmen von € 527.000,-- auf dem Konto der Gemeinde und € 500.000, -- auf dem Konto des Promenadenbades existent war. Nun würden diese €500.000,-- wegfallen und damit eine Verringerung bewirken. Überdies betont Hr. Bettschar, dass die Gemeinde in ihrer Größenordnung € 1.700.000, -- in Anspruch nehmen könnte.

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat möge der Vergabe des Kassenkredites 2023 an die Raiffeisen Landesbank mit einer Finanzierungshöhe von max. € 1.000.000, -- zustimmen.*

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Mag. Franz Arnold, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

6. Antrag an den Gemeinderat - Genehmigung Stellenplan 2023

Sachverhalt:

Der Entwurf der Verordnung zum Stellenplan 2023 wurde in Zusammenarbeit mit dem GSZ erstellt. Ein entsprechender Antrag zur befristeten Genehmigung der Überschreitung des Beschäftigungsrahmenplanes wurde am 24.11.2022 dem zuständigen Revisor der Abt. 3 des Amtes der Kärntner Landesregierung übermittelt.

Am 14.12.2022 wurde ein entsprechender Bescheid erlassen. Nach neuerlicher Rücksprache mit dem GSZ und Anpassung der geforderten Änderungen, liegt nun ein beschlussfähiger Entwurf vor.

Zusammengefasst ergeben sich folgende wesentlichen Änderungen zum Stellenplan 2022 vom 07.09.2022:

- Abbildung der zwei unbefristeten Planstellen des Promenadenbades (Bademeister/Betriebsleiter Nr. 28 und Kassenkraft/Reinigungskraft Nr. 29)
- Abbildung des Schulwartes Nr. 14

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der GV-Sitzung am 11.01.2023 **einstimmig positiv vorberaten**.

GV Pacher stellt fest, dass der Stellenplan für das laufende Jahr rückwirkend und mit sofortiger Wirkung beschlossen werden solle. Überdies erbittet GV Pacher zukünftig den Stellenplan frühzeitiger zu beschließen, da dies jedes Jahr zu erfolgen hat.

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat möge den vorliegenden Stellenplan für das Jahr 2023 zustimmen.*

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (18)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Mag. Franz Arnold, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

Gegenstimme(n) (1)

Erich Göbel,

Nach Erscheinen der Auskunftspersonen DI Omansiek und Ing. Rauch wurden die Tagesordnungspunkte 3 und 4 an dieser Stelle besprochen und folglich beschlossen.

7. Antrag an den Gemeinderat - Übernahme einer Teilfläche in das öffentliche Gut zum Gemeingebrauch Nr. 286/7, KG 72152

Sachverhalt:

Die Gemeinde Pörschach am Wörther See beabsichtigt das aus dem Grundstück Nr. 286/7, KG 72152 Pörschach gebildete Trennstück „2“ mit einer Fläche von 28 m², lt. Vermessungsurkunde des Büros DI Ronald Humitsch, GZ 4734/22 vom 06.07.2022 lastenfrei dem „Öffentlichen Gut (Straßen und Wege), also zur EZ 887 KG 72152 Pörschach zu übertragen und mit dem Grundstück Nr. 1014, KG 72152 Pörschach zu vereinigen und für den Allgemeingebrauch zuzulassen und als Verbindungsstraße zu kategorisieren.

Die Kundmachung erfolgte bereits am 01.12.2022 und läuft bis einschließlich 16.12.2022.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der GV-Sitzung am 11.01.2023 **einstimmig positiv vorberaten**.

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat möge der Übernahme der Teilfläche aus dem Grundstück Nr. 286/7 KG 72152 Pörschach zustimmen.*

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Mag. Franz Arnold, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

8. Antrag an den Gemeinderat - Änderung des Flächenwidmungsplanes TaTE Privatstiftung Nr. 72/2 KG 72164 Sallach

Sachverhalt:

Eine Vorberatung im zuständigen Ausschuss für Raumplanung, Bau und Lärmschutz erfolgte am 22. März 2022 und wurde **einstimmig positiv vorberaten**.

Nach Klärung der baurechtlichen Situation verlief die Vorprüfung positiv.

Die entsprechende Kundmachung erfolgte im Zeitraum vom 04.11.2022 – 05.12.2022 und langten keine Einwände im Gemeindeamt ein.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der GV-Sitzung am 11.01.2023 **mehrheitlich positiv vorberaten**.

GR Hadl erkundigt sich, ob dafür nicht bereits ein Beschluss vorliege. Dies wird durch die Vorsitzende bestätigt und diese führt weiter aus, dass die wiederholte Beschlussfassung aufgrund eines Fehlers in der Kundmachung nochmals notwendig sei.

GR Hadl ersucht um Information, ob das Grundstück bereits bebaut sei. Herr Huber bestätigt dies und erklärt überdies, dass durch die Gemeinde ein Verfahren auf Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes gem. § 36 KBO eingeleitet wurde und demnach aktuell ein baurechtliches Verfahren bei der Bezirkshauptmannschaft läuft. Die Vorsitzende erklärt, dass das Ziel dieses Tagesordnungspunktes sei, einen Beschluss zur Umwidmung, der unabhängig von den beiden laufenden Verfahren, gefasst werden soll.

GR Faeser erklärt, dass dies bereits im RBL-Ausschuss im Jahr 2021 behandelt wurde. Nach der Durchführung einer Teilung des Grundstückes, wurde der obere Bereich durch TaTe, im Glauben, dass auf diesem Grundstück eine Parkplatzwidmung bestünde, erworben. Die Nutzung als Parkplatz erfolgt bislang seit ca. 30 Jahren.

GR Haider stellt fest, dass zum aktuellen Zeitpunkt auf dieser Fläche ein Müllcontainer stünde. GR Arnold beanstandet die Vorgehensweise in dieser Sache.

GV Pacher hält diese Thematik als bedenklich und beanstandet, wie auch zuvor GR Arnold, die Vorgehensweise hierbei. Überdies bekundet GV Pacher, dass er den Fehler nicht seitens des Amtes sieht, sondern eine Unterlassung durch die Bezirkshauptmannschaft vermutet, wonach er zu bedenken gibt den Sachverhalt nochmals einer Überprüfung zu unterziehen. Abschließend stellt GV Pacher, basierend auf seiner Wortmeldung, seine Ablehnung zu diesem Tagesordnungspunkt in Aussicht. Daraufhin stellt Hr. Huber die Vorgehensweise eines solchen Verfahrens nochmals dar.

GV Pacher erfragt zudem wann die Gemeinde ein Verfahren nach §36 einleitete. Die Vorsitzende beschreibt, dass dies umgehend erfolgt, sobald dies der Gemeinde bekannt wird.

GR Dernoschnig erkundigt sich, ob die geforderte Umwidmung den gesamten Parkplatz betrifft. Dies wird durch die Vorsitzende bestätigt. Schlussendlich betont GR Dernoschnig, dass die Gemeinde sehr stark vom Tourismus abhängig sei und sich dahingehend auch die Notwendigkeit zur Zustimmung ergibt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat möge der Umwidmung für das Grundstück Nr. 70/2 KG 72164 Sallach im Ausmaß von 500 m² von Grünland Land- und Forstwirtschaft bestimmte Fläche, Ödland in Grünland Garage und im Ausmaß von 31 m² von Grünland Land- und Forstwirtschaft bestimmt Fläche, Ödland in Bauland-Kurgebiet zustimmen.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (11)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Martin Gressl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Bernhard Lukasser, Heidi Wieneroither,

Gegenstimme(n) (7)

Birgit Alberer, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Dieter Mikula, Florian Pacher, Mag. Franz Arnold,

Enthaltung(en) (1)

Raphael Mack,

GR Hadl gibt abschließend ihr Abstimmungsverhalten zu Protokoll: „Ich bin für die Unterstützung von Touristik, aber es handelt sich hier um eine Ungleichbehandlung von Bürgerinnen und Bürgern, die in richtiger Reihenfolge gesetzeskonform zuerst ansuchen, anregen eine Umwidmung und dann bauen. Ich hätte dem zugestimmt, wenn es vorher gemacht worden wäre.“

9. Antrag an den Gemeinderat - Änderung des Flächenwidmungsplanes Petutschnig Benjamin Nr. 247/8 KG 72164 Sallach

Sachverhalt:

Eine Vorberatung im zuständigen Bauausschuss erfolgte am 11. September 2019 und wurde **einstimmig positiv vorberaten**.

Aufgrund eines falschen Umwidmungsantrages verzögerte sich die Kundmachung. Die Widmung wurde entsprechend auf Grünland-Carport angepasst. Eine genaue Darstellung des Widmungsverlaufes befindet sich im Akt.

Die entsprechende Kundmachung erfolgte im Zeitraum vom 04.11.2022 – 05.12.2022 und langten keine Einwände im Gemeindeamt ein.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der GV-Sitzung am 11.01.2023 **mehrheitlich positiv vorberaten**.

GR Alberer kritisiert, dass die vorliegenden Widmungsgrößen dieses Grundstückes im Akt variieren, und erkundigt nach dem entsprechenden Grund dafür. Sodann erklärt Hr. Huber, dass es zuvor eine Schätzung durch den Widmungswerber und anschließend eine tatsächliche Messung durch die Gemeinde gegeben habe, wonach sich diese Diskrepanz ergibt.

GR Göbel erkundigt sich, was sich auf diesem Grundstück befindet. Hr. Huber erklärt, dass ein Teil des Gebäudes auf diesen Grundstücksteil hineinragt und hier ein anhängiges Verfahren läuft und aktuell zur Bezirkshauptmannschaft weitergeleitet wird.

GV Pacher erbittet Informationen darüber, wann dieser Sachverhalt der Gemeinde aufgefallen sei. Die Vorsitzende erklärt, dass dies im letzten Gemeindevorstand aufgekommen sei und umgehend die erforderlichen Schritte durch das Bauamt eingeleitet wurden. Überdies betont die Vorsitzende, dass dieses Gebäude bereits seit mehreren Jahren bestünde.

GV Pacher kritisiert, dass dieser Antrag zuletzt in der alten Periode und nicht vom aktuellen RBL-Ausschuss vorberaten wurde. Die Vorsitzende entgegnet, dass die Thematik bereits einer Vorberatung unterzogen und im letzten Gemeindevorstand nochmals aufgefasst wurde.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat möge der Umwidmung für das Grundstück Nr. 247/8 KG 72164 Sallach im Ausmaß von 180 m² von Grünland Land- und Fortwirtschaft bestimmte Fläche, Ödland in Grünland Carport zustimmen.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (12)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Martin Gressl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

Gegenstimme(n) (7)

Birgit Alberer, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Dieter Mikula, Florian Pacher, Mag. Franz Arnold,

10. Antrag an den Gemeinderat - Nachtrag Mietvertrag Blumenpromenade Mureny 2022/23

Sachverhalt:

Mit GR-Beschluss vom 09.11.2022 wurden dem Cafe-Bar Adrianos „Schwarze Luft“ bis einschließlich 12. April 2023 eine Adventhütte und 12 m² des Grundstückes 1005/3, KG 72152 Pörschach am Wörther See vermietet.

Aufgrund geplanter Bauarbeiten im Parkhotel, kann ab 11.01.2023 der aktuelle Standort nicht mehr verwendet werden. Der Gemeinderat wird nun ersucht den bestehenden Mietvertrag dahingehend zu ergänzen, dass ab dem 12.01.2023 die vereinbarten 12 m² bis einschließlich 12. April 2023 auf dem Grundstück 994/22, KG 72152 vermietet werden.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der GV-Sitzung am 11.01.2023 **mehrheitlich positiv vorberaten**.

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat stimmt dem beigelegten Nachtrag zum Mietvertrag zu.*

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Mag. Franz Arnold, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

11. Selbstständiger Antrag der FPÖ vom 14.12.2022 - Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderats

Sachverhalt:

In der 13. GR-Sitzung am 14.12.2022 wurde ein Dringlichkeitsantrag zum Thema „Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates“ von der FPÖ eingebracht, dessen Dringlichkeit mehrheitlich nicht anerkannt wurde. Zwecks inhaltlicher Bearbeitung wurde dieser durch die Vorsitzende in weiterer Folge dem Gemeindevorstand zugewiesen.

Die inhaltliche Begründung ist dem Antrag zu entnehmen.

Dieser Antrag wurde in der GV-Sitzung am 11.01.2023 **mehrheitlich negativ vorberaten**.

Die Vorsitzende bittet die Fraktionen um Bekanntgabe an das Amt sofern ein Antrag nicht umgesetzt wird. Überdies betont sie, dass im letzten Jahr viel umgesetzt werden konnte und die gefassten Beschlüsse vom Amt umgehend bearbeitet werden.

GR Hadl führt sodann ein Beispiel betreffend dem Buberlemoos aus und stellt nach kurzer Diskussion ihre Zustimmung zu diesem Antrag in Aussicht.

GV Pacher betont, dass sich dieser Antrag nicht an das Amt richtet und gibt sodann Beschlüsse an, die bislang keine Umsetzung erfahren haben. Schlussendlich bittet GV Pacher um Stopp des absoluten Stillstandes in dem Ort.

GR Alberer verlässt um 20.22 ihren Platz im Gemeinderat.

Vzbgm Köfer schlägt vor, dass ein geringerer Umfang an Aufsichtsbeschwerden der Opposition unterstützend wirken würde, um sämtliche Beschlüsse umzusetzen. Überdies betont Vzbgm Köfer, dass aus seiner Perspektive in den letzten Jahren sehr viel umgesetzt werden konnte.

GR Alberer bezieht um 20.24 wieder ihren Platz im Gemeinderat.

GR Mikula beanstandet, dass der vorliegende Antrag negativ vorberaten wurde und empfindet dies demokratiepolitisch als äußerst fraglich.

GR Hadl weist die Anschuldigung Vizebgm. Köfers vehement zurück, da aus ihrer Perspektive die ÖVP Anträge der Opposition trotz intensiver Vorberatung schlussendlich verhindert.

GR Gappnig appelliert zukünftig konstruktiver zusammenzuarbeiten. Seiner Ansicht nach soll ein konstruktives Zusammenarbeiten das Ziel sein und schließt sich GR Hadl an und respektiert die harte Arbeit der Opposition.

Die Vorsitzende gibt an, dass sie sämtliche Ideen und Anregungen gerne aufnimmt, auch von der Opposition. Überdies bezieht sich die Vorsitzende auf die K-AGO, die die Umsetzung von Beschlüssen verlangt und empfindet solche Anträge als sehr hart ihr gegenüber.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat fordert die Bürgermeisterin dazu auf, für die Durchführung der bereits gefassten Beschlüsse des Gemeinderats und des Gemeindevorstands zu sorgen, so wie dies gemäß § 70 K-AGO ihre Aufgabe ist.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (8)

Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Dieter Mikula, Florian Pacher, Mag. Franz Arnold,

Gegenstimme(n) (11)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

12. Selbstständiger Antrag der Grünen vom 14.12.2022 - Das Gemeinde-Weihnachtsessen spenden

Sachverhalt:

In der 13. GR-Sitzung am 14.12.2022 wurde ein Dringlichkeitsantrag zum Thema „Das Gemeinde-Weihnachtsessen spenden“ von den Grünen eingebracht, welcher aufgrund einer finanziellen Belastung der Gemeinde gem. § 42 Abs. 4 K-AGO ohne Abstimmung der Dringlichkeit dem Gemeindevorstand zugewiesen wurde.

Die inhaltliche Begründung ist dem Antrag zu entnehmen.

Dieser Antrag wurde in der GV-Sitzung vom 11.01.2023 **einstimmig negativ vorberaten**.

GR Göbel verlässt um 20.34 seinen Platz im Gemeinderat.

Die Vorsitzende berichtet über die entsprechende Gegebenheit, erkundigt sich bei GR Hadl, ob es sich um einen Fehler ihrerseits gehandelt habe, da der Antrag sich auf das Jahr 2023 bezieht und übergibt sodann GR Hadl das Wort.

GR Hadl weist der Darstellung der Vorsitzen, laut der sie (GR Hadl) eigenmächtig das Weihnachtsessen abbestellen wollte, vehement zurück und verlangt in diesem Zusammenhang eine Richtigstellung. Überdies bekundet GR Hadl, dass ihr beim Schreiben des Antrages ein Fehler unterlaufen sei und möchte den Antrag in der Form für 2023 bestehen lassen, da für 2022 nicht mehr abgestimmt werden könne.

Wegen eines Zwischenrufes von Vzbgm Köfer fordert GR Hadl einen Ordnungsruf von der Vorsitzenden, welchem diese auch nachkommt.

GR Göbel bezieht um 20.36 wieder seinen Platz im Gemeinderat.

GR Hadl erklärt, dass sie die falsche Jahreszahl im Beschlusstext angegeben habe und würde nun gerne, wie auch im Antrag lautend, die Weihnachtsfeier 2023 abstimmen.

GV Pacher gibt an, dass er auf die Weihnachtsfeier in dem vorliegenden Sinne verzichten könnte und schlägt vor, dass diese auch kleiner gestaltet werden könnte. Überdies regt er an, dass der damit gesparte Geldbetrag für den Pörschacher Sozialfond herangezogen und demnach eventuell baldigst ein NTVA erstellt werden könnte.

GR Hadl schlägt vor den vorliegenden Antrag zurückzuziehen. Dies verneint die Vorsitzende und erklärt, dass entsprechend der aktuell gültigen Fassung der K-AGO Anträge lediglich vor Beginn der Sitzung und demnach nicht während des Sitzungsverlaufes zurückgezogen werden dürfen.

GR Dernoschnig kritisiert, dass für ihn die Sinnhaftigkeit bei diesem Antrag fehlen würde.

GR Mack schließt sich den anderen Rednern an und schlägt zusammenfassend vor, dass dieser Antrag nun negativ abgestimmt wird und für die kommende Weihnachtsfeier gemeinsam Alternativen entwickelt werden.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Geld für das Weihnachtsessen 2023 der Gemeinderatsmitglieder soll dem Roten Kreuz für das Projekt Die Tafel gespendet werden.

Beschluss: einstimmig abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimme(n) (19)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Mag. Franz Arnold, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

GV Pacher stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung die Tagesordnungspunkte 13 und 14 gemeinsam abzuhandeln.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Mag. Franz Arnold, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

13. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Facility Management, Wirtschaft und Umwelt vom 21.09.2022 - Ankauf Auto Bauhof

Sachverhalt:

Der Gemeindebauhof ist ganzjährig auf ein Allzweckfahrzeug angewiesen, welches unter anderem für Transportzwecke, den Winterdienst oder Montagetätigkeiten herangezogen wird. Die aktuelle § 57a Überprüfung (Pickerl) ist mit 08/22 abgelaufen und ist laut Fachwerkstätte eine entsprechende Reparatur nicht mehr wirtschaftlich. Aufgrund dieser Tatsache, wird ehestmöglich ein Ersatzfahrzeug benötigt.

Entsprechende Angebote von Gebrauchtfahrzeugen - welche den erforderlichen Einsatzbereich abdecken - wurden bereits eingeholt und bewegen wir uns innerhalb einer Preisspanne von € 33.980, -- € 56.850, --.

Da es sich um einen Gebrauchtwagen handelt, lassen sich die tatsächlichen Kosten im Vorhinein schwer abschätzen, muss jedoch von rund € 40.000, -- ausgegangen werden.

Für das aktuelle Fahrzeug wurde bereits verkauft.

In der **8. FWU-Sitzung** vom 21.09.2022 wurde ein selbstständiger Antrag gefasst, welcher **einstimmig positiv vorberaten** wurde.

Entsprechende Leasingangebote wurden eingeholt. Aufgrund der aktuellen Zinslage bzw. des Automarktes wird von Seitens des Gemeindeamtes ersucht, den Gesamtwert des anzukaufenden Transporters auf rund € 45.000,-- Brutto zu erhöhen.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der GV-Sitzung am 11.01.2023 **einstimmig negativ vorberaten**.

GR Göbel erkundigt sich danach, welches Fahrzeug ausgetauscht werden soll und um welches Modell es sich bei dem Auto laut Angebot handle. BHL Pagitz erklärt sodann, dass dies den grauen VW-Bus der Gemeinde betreffen und gemäß dem Angebot ein Transporter Kastenwagen mit Allradantrieb angeschafft werden würde.

GR Alberer weist darauf hin, dass es zwischen dem Betrag im Beschlusstext und dem Betrag im Angebot eine Diskrepanz gäbe. Daraufhin schlägt GV Pacher vor einen überparteilichen Abänderungsantrag zu formulieren. Dem stimmt die Vorsitzende zu.

GR Haider stellt zuallererst ihre Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt in Aussicht, jedoch kritisiert sie, dass das bestehende Fahrzeug laut Angebot bereits verkauft sei. BHL Pagitz erklärt sodann, dass dies notwendig gewesen sei, da zum Einen die §57a-

Begutachtung nicht mehr positiv gewesen und zum Anderen der Gemeinde ein Angebot für ein entsprechendes Fahrzeug vorgelegen sei.

Auch GR Hadl bekundet ihre Zustimmung zu dem vorliegenden Tagesordnungspunkt und gibt zu bedenken, dass auch ein Elektroauto angeschafft werden könne. Überdies erkundigt sich GR Hadl nach der Laufzeit des Leasings. Gemäß dem vorliegenden Vertrag und den Ausführungen der Vorsitzenden würde die Laufzeit 5 Jahre betragen.

Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung von 20.53 bis 21.07.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung bedankt sie sich bei GR Alberer für das Aufmerksam machen auf diese Diskrepanz.

Anschließend bringt die Vorsitzende den überfraktionellen Abänderungsantrag zu TOP 14 ein (Anlage 1):

Der Gemeinderat möge dem vorliegenden Leasingvertrag des Autohauses Picker mit einem Anschaffungswert in Höhe von 37.458,33 netto mit einer monatlichen Leasingrate in Höhe von 622,56 Euro netto, finanziert über die Porschebank, zustimmen.

Sodann bringt die Vorsitzende den Beschlusstext des Tagesordnungspunktes 13, der vom Ausschuss für Facility Management, Wirtschaft und Umwelt am 21.09.2022 formuliert wurde, zur Abstimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Ein Ankaufsbudget in der Höhe von 40.000 € für ein leasingfähiges Fahrzeug mit Gewährleistung vom Fachhändler freizugeben. Entsprechende Leasingangebote sind vorzulegen.

Beschluss: einstimmig abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimme(n) (19)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Mag. Franz Arnold, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

14. Antrag an den Gemeinderat - Leasingvertrag Auto Bauhof

Sachverhalt:

Der Gemeindebauhof ist ganzjährig auf ein Allzweckfahrzeug angewiesen, welches unter anderem für Transportzwecke, den Winterdienst oder Montagetätigkeiten herangezogen wird. Die aktuelle § 57a Überprüfung (Pickerl) ist mit 08/22 abgelaufen und ist laut Fachwerkstätte eine entsprechende Reparatur nicht mehr wirtschaftlich. Aufgrund dieser Tatsache, wird ehestmöglich ein Ersatzfahrzeug benötigt.

Entsprechende Angebote von Gebrauchtfahrzeugen - welche den erforderlichen Einsatzbereich abdecken - wurden bereits eingeholt und bewegen wir uns innerhalb einer Preisspanne von € 33.980, -- € 56.850, --.

Da es sich um einen Gebrauchtwagen handelt, lassen sich die tatsächlichen Kosten im Vorhinein schwer abschätzen, muss jedoch von rund € 40.000, -- ausgegangen werden.

Für das aktuelle Fahrzeug wurde bereits verkauft.

In der 8. FWU-Sitzung vom 21.09.2022 wurde ein selbstständiger Antrag gefasst, welcher einstimmig positiv vorberaten wurde.

Entsprechende Leasingangebote wurden eingeholt. Aufgrund der aktuellen Zinslage bzw. des Automarktes wird von Seitens des Gemeindeamtes ersucht, den Gesamtwert des anzukaufenden Transporters auf rund € 45.000, -- Brutto zu erhöhen.

Der Antrag aus dem FWU-Ausschuss vom 21.09.2022 wurde in der GV-Sitzung am 11.01.2023 aufgrund des neuen Sachverhaltes einstimmig negativ vorberaten.

Der vorliegende Antrag wurde in der GV-Sitzung am 11.01.2023 **einstimmig positiv vorberaten**.

Der entsprechende Leasingvertrag liegt im Gemeindeamt bereits auf und wurde eine Genehmigungsersuchen gem. § 104 K-AGO an die Landesregierung weitergeleitet.

Darauffolgend bringt die Vorsitzende den überfraktionellen Abänderungsantrag, den sie bereits zuvor dem Gemeinderat verlas, zur Abstimmung.

Anschließend bringt die Vorsitzende den überfraktionellen Abänderungsantrag zu TOP 14 ein (Anlage 2):

Der Gemeinderat möge dem vorliegenden Leasingvertrag des Autohauses Picker mit einem Anschaffungswert in Höhe von 37.458,33 netto mit einer monatlichen Leasingrate in Höhe von 622,56 Euro netto, finanziert über die Porschebank, zustimmen.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Mag. Franz Arnold, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

Da der überfraktionelle Abänderungsantrag einstimmig angenommen wurde, entfällt die Abstimmung über den Hauptantrag.

15. Richtigstellung der Niederschrift der 12. GR-Sitzung vom 09.11.2022

Die Vorsitzende beginnt die einzelnen Richtigstellungsbegehren aufzurufen.

Begehren vom Amt - Änderung der Anlagenreihenfolge

Die Vorsitzende bekundet, dass es seitens des Amtes gewünscht sei, die Reihenfolge bei den Anlagen zu ändern, da diese in der aktuellen Fassung nicht korrekt seien. Sodann bringt die Vorsitzende das Begehren zur Abstimmung.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Sabine Scholl, Mag. Franz Arnold, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

Begehren von GR Hadl - S. 8, TOP 8

Überdies informiert die Vorsitzende, dass GR Hadl ein Richtigstellungsbegehren eingebracht hat, welches wie folgt lautet:

Protokoll	Richtigstellungsbegehren
GR Hadl bekundet ihr Verständnis für die schwierige Lage, appelliert jedoch an eine gesetzeskonforme Handlung diesbezüglich.	GR Hadl bekundet ihr Verständnis für die schwierige Lage, fordert jedoch gesetzeskonformes Vorgehen im Landschaftsschutzgebiet.

GR Hadl führt weiters aus, dass die Begrifflichkeit „Landschaftsschutzgebiet“ im gesamten Protokoll nicht genannt wurde und es mit dessen Erwähnung dem betreffenden Satz Sinnhaftigkeit verleiht.

Folglich bringt die Vorsitzende das Richtigstellungsbegehren von GR Hadl zur Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (10)

Birgit Alberer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Florian Pacher, Sabine Scholl, Mag. Franz Arnold,

Gegenstimme(n) (9)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Christoph Neuscheller, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

Begehren von GV Pacher - S. 11, TOP 18

Im Protokoll:	Richtigstellungsbegehren:
"Abschließend weist GV Pacher darauf hin, dass er derartigen Tagesordnungspunkten bisher nur zugestimmt hätte, da es notwendig gewesen sei und stellt zugleich seine Ablehnung zu diesem Tagesordnungspunkt in Aussicht."	"Abschließend weist GV Pacher darauf hin, dass er derartigen Tagesordnungspunkten bisher nur zugestimmt hätte, da es notwendig gewesen sei und stellt zugleich seine Ablehnung zu diesem Tagesordnungspunkt in Aussicht."

GV Pacher ersucht um Streichung der angeführten Passage, da sie aus seiner Sicht keinen Sinn ergibt.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (12)

Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Mag. Franz Arnold, Raphael Mack,

Gegenstimme(n) (7)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Oliver Faeser, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Sabine Scholl, Bernhard Lukasser, Heidi Wieneroither,

Begehren von GV Pacher - S. 30, TOP 20

Im Protokoll:	Richtigstellungsbegehren:
„GV Pacher gibt überdies an, dass Postbus reagiert habe und es einen Fahrplanwechsel gäbe, der bereits ab Mitte Dezember 2022 gültig sein solle.“	„GV Pacher ... es einen Fahrplanwechsel für die Busse vom Windischberg gäbe, der bereits ab Mitte Dezember 2022 gültig sein solle.“

GV Pacher betont eindringlich, dass er dies in der entsprechenden Sitzung tatsächlich erwähnt hätte. Sodann bringt die Vorsitzende das Richtigstellungsbegehren zur Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (12)

Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Mag. Franz Arnold, Raphael Mack,

Gegenstimme(n) (7)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Oliver Faeser, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Sabine Scholl, Bernhard Lukasser, Heidi Wieneroither,

16. Richtigstellung der Niederschrift der 13. GR-Sitzung vom 14.12.2022

Die Vorsitzende beginnt die einzelnen Richtigstellungsbegehren aufzurufen.

Begehren von GV Pacher - S. 16, TOP 5

Im Protokoll:	Richtigstellungsbegehren:
„GR Arnold informiert, dass hierbei die Dimensionierung der Leitung und die Wassermenge als wesentliche Aspekte heranzuziehen seien. Letztlich würde eine höhere Wassermenge durch den Lückenschluss eine wasserrechtliche Bewilligung bedingen.“	„...bedingen. Ein Beschluss, wie er vorgesehen ist, ist rechtswidrig, weil er dem Wasserrechtsgesetz widerspricht. “

GV Pacher gibt an, dass er dieses Richtigstellungsbegehren im Namen von GR Arnold eingebracht habe.

GR Arnold klärt auf, dass er diesen Nachsatz in das Protokoll aufgenommen haben möchte.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (12)

Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Florian Pacher, Mag. Franz Arnold, Raphael Mack,

Gegenstimme(n) (6)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Bernhard Lukasser, Heidi Wieneroither,

Enthaltung(en) (1)

Renate Haider,

Begehren von GV Pacher - S. 17, TOP 6

Im Protokoll:	Richtigstellungsbegehren:
<i>„GR Mikula beanstandet den Umgang miteinander innerhalb der Sitzung und verlässt sodann um 20.40 seinen Platz im Gemeinderat.“</i>	<i>„GR Mikula beanstandet die Wortspenden und abwertenden Gesten der ÖVP-Fraktion sowie den Umgang...“</i>

GV Pacher führt aus, dass er diese Richtigstellung auf Verlangen von GR Mikula eingebracht habe.

Die Vorsitzende bringt diesen Antrag folglich zur Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (5)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Dieter Mikula, Florian Pacher, Mag. Franz Arnold,

Gegenstimme(n) (13)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Martin Gressl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

Enthaltung(en) (1)

Renate Haider,

Begehren von GV Pacher - S. 26, TOP 13

Im Protokoll:	Richtigstellungsbegehren:
<i>„Abschließend betitelt er den Volksschulumbau als einen der größten Baustellen der Periode und gibt nicht der Bürgermeisterin die Schuld dafür.“</i>	<i>„Abschließend betitelt er den Volksschulumbau als einen der größten Baustellen der Periode und gibt nicht alleine der Bürgermeisterin die Schuld für die Mängel.“</i>

GV Pacher erbittet um Ergänzung des vorliegenden Satzes um die entsprechenden Passagen, was die Vorsitzende sodann zur Abstimmung bringt.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (8)

Birgit Alberer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Dieter Mikula, Florian Pacher, Mag. Franz Arnold,

Gegenstimme(n) (10)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

Enthaltung(en) (1)

Renate Haider,

Begehren von GV Pacher - S. 32, TOP 26

Im Protokoll:	Richtigstellungsbegehren:
„GV Pacher bedankt sich bei allen Gemeindemitarbeitern und den Zuhörern. Er wünscht sich für das kommende Jahr mehr Ruhe.“	“GV Pacher bedankt sich bei allen Gemeindemitarbeitern und den Zuhörern. Er wünscht sich für das kommende Jahr mehr Ruhe. “

GV Pacher erklärt, dass er dies so nicht mehr in Erinnerung habe und erbittet um Streichung des zweiten Satzes. Dies bringt die Vorsitzende daraufhin zur Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (7)

Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Dieter Mikula, Florian Pacher, Mag. Franz Arnold, Raphael Mack,

Gegenstimme(n) (11)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Martin Gressl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Bernhard Lukasser, Heidi Wieneroither,

Enthaltung(en) (1)

Renate Haider,

17. Allfälliges

GR Göbel regt an, dass die Parkplätze, die sich vor dem ehemaligen Geschäftslokal „Kropiunig“ befinden, für die Allgemeinheit freigegeben werden sollen. Dahingehend bekundet GR Faeser, dass dies bereits angedacht gewesen sei, es jedoch bislang nicht umgesetzt wurde wegen der angrenzenden Landesstraße.

GR Mack spricht ein Lob aus hinsichtlich der Verwendung von „Session“. Dem pflichtet GR Kolbitsch bei.

GV Pacher erkundigt sich nach den bevorstehenden Terminen. Nachfolgend werden diese von der Vorsitzenden im Bürgermeisterbericht verlesen.

18. Bericht Bürgermeisterin

- Neue Ausgabe der K-AGO bestellt und wird jeder Fraktion ein Exemplar ausgehändigt
- Neuer Totenbeschauerarzt Dr. Grimschitz
- Erhöhung der Nächtigungstaxe ab 01.01.2023 auf € 2,70
- Schwerpunkttätigkeiten aus Kem-Bericht:
 - Energiebuchhaltung – Einführungs- und Informationstermin am 06.12.2022
 - Energydays – ein Rückblick
 - Go-Mobil-Termin am 20.12.2022 in Techelsberg stattgefunden
- Danksagung an GV Pacher betreffend die Vorbereitung der Familienfreundlichen Gemeinde und Bitte um Berichterstattung im nächsten GR
- Terminausblick über zukünftige Sitzungen:
 - 26.01.2023 RBL
 - 06.02.2023 FWU
 - 20.02.2023 GV
 - 20.03.2023 GV
 - 27.03.2023 GV
 - 29.03.2023 GR
 - 26.04.2023 GR
- Einladung zur Faschingsitzung am 18.02.2023 und Bitte um Rückmeldung
- TVB Arbeitsgruppen

19. Anfragen und Anträge

Zuletzt bringt die Vorsitzende die eingebrachten Anträge der Fraktionen zur Kenntnis:

Selbstständiger Antrag der Grünen gem. §41 K-AGO – Bürger:innenbeteiligung bei Großprojekten

Dieser Antrag wird dem Ausschuss für Raumplanung, Bau Lärmschutz zugewiesen – Anlage 2.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ gem. §42 K-AGO – Volksentscheid zu Werzer-Lagune
--

GV Pacher führt aus, dass sich die Dringlichkeit dieses Antrages daraus ergibt, dass es sich hierbei um einen gravierenden Eingriff handle und er sich bereits im August letzten Jahres dafür ausgesprochen hat, dass in solchen Fällen ein Volksentscheid erfolgen soll. Über ein solches Projekt sollte nicht nur die Politik, sondern auch die Bevölkerung entscheiden können.

Anschließend bringt die Vorsitzende den Antrag zur Abstimmung:

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (6)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Dieter Mikula, Florian Pacher, Mag. Franz Arnold,

Gegenstimme(n) (13)

Bürgermeisterin LAbg. Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Martin Gressl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Sabine Scholl, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Heidi Wieneroither,

Die Dringlichkeit wird diesem Antrag mehrheitlich aberkannt und somit wird dieser dem Gemeindevorstand zugewiesen – Anlage 3.

Ende der Sitzung: 21:43 Uhr.